



Amtsgericht Siegburg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 12.03.2025, 10:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal 234, Neue Poststraße 16, 53721 Siegburg**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Wolperath, Blatt 10727,
BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Wolperath, Flur 9, Flurstück 102, Landwirtschaftsfläche, Waldfläche, In der Erlenbitze, Größe: 5.745 m²

BV lfd. Nr. 2

Gemarkung Wolperath, Flur 9, Flurstück 103, Landwirtschaftsfläche, Waldfläche, In der Erlenbitze, Größe: 22.020 m²

versteigert werden.

Zwei nebeneinander liegende Grünlandflächen, leicht hängig, in gutem Pflegezustand.

Grundstücksgröße insgesamt 27.765 m²

Lage: Farnweg, 53819 Neunkirchen-Seelscheid-Birken.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 04.04.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

59.000,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- Gemarkung Wolperath Blatt 10727, lfd. Nr. 1 11.000,00 €
- Gemarkung Wolperath Blatt 10727, lfd. Nr. 2 48.000,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Siegburg, 17.12.2024